

Parteitag Nürnberg 19. bis 22. November 2001

Gleichstellungsbericht

Berichterstatterin:

Karin Junker, MdEP

**Bundvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft
Sozialdemokratischer Frauen (ASF) und
Mitglied des Präsidiums der SPD**

Inhaltsverzeichnis

Einleitung Karin Junker	5
1. Die SPD auf Bundesebene	9
1.1 Mitgliederentwicklung.....	9
1.2 Parteivorstand, Präsidium, Parteirat	10
1.3 Weibliche Delegierte zu den Bundesparteitagen 1984 – 1999	11
1.4 Delegierte auf dem ordentlichen Bundesparteitag 1999 nach Landesverbänden / Bezirken	12
1.5 Projektgruppen und Kommissionen des Parteivorstandes.....	13
1.6 Bundesvorstände der Arbeitsgemeinschaften und Foren	14
2. Die SPD auf Landesverbands-, Bezirks-, Unterbezirks- und Ortsvereinsebene	15
2.1 Mitgliederentwicklung in den Landesverbänden und Bezirken 1995 bis 2001	15
2.2 Statistik der SPD-Mitglieder in den Landesverbänden und Bezirken ...	17
2.3 Vorstände der Landesverbände und Bezirke	18
2.4 Vorstände der Unterbezirke / Kreisverbände	21
2.5 Vorstände der Ortsvereine	22
3. Parlamente / Fraktionen / Regierungen	23
3.1 Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) im Europäischen Parlament Anteil der weiblichen Abgeordneten unter den SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament.....	23
3.2 SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag	24
3.2.1 Weibliche Abgeordnete in der SPD-Fraktion seit 1949.....	24
3.2.2 Frauen im Fraktionsvorstand der SPD-Bundestagsfraktion	25
3.2.3 Frauen im Fraktionsvorstand der SPD-Bundestagsfraktion seit 1949..	25
3.2.4 Zusammensetzung der Ausschüsse und Arbeitsgruppen.....	26
3.2.4.1 Frauenanteil unter den sozialdemokratischen Mitgliedern der Ausschüsse des Deutschen Bundestages.....	26
3.2.4.2 Ausschuss-Arbeitsgruppen der SPD-Bundestagsfraktion.....	27
3.3 Bundesregierung.....	28
3.4 SPD-Fraktionen der Länderparlamente	29
3.4.1 Weibliche Abgeordnete in den SPD-Landtagsfraktionen	29

3.4.2	Funktionsverteilung in den SPD-Fraktionen der Länder Vorstände der SPD-Landtagsfraktionen	30
3.4.3	Frauenanteil unter den SPD-Arbeitskreis- und Ausschussvorsitzenden	31
3.5	Landesregierungen.....	32
3.5.1	Frauenanteil in Landesregierungen, an denen die SPD beteiligt ist	32
3.5.2	Zum Vergleich: Frauenanteil in Landesregierungen, an denen die SPD nicht beteiligt ist	34
4.	Bericht der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik (Bundes-SGK) über die Repräsentanz der Frauen in kommunalen Vertretungen und kommunalen Spitzenpositionen.....	35
4.1	Frauenanteil bei Ratsmitgliedern in Gemeinden mit 20.000 und mehr EinwohnerInnen.....	35
4.2	Weibliche Vorsitzende der SPD-Stadt- und Kreistagsfraktionen.	36
4.3	Von sozialdemokratischen Frauen besetzte Führungspositionen im Vergleich zu allen von der SPD besetzten Führungspositionen auf kommunaler Ebene.....	36
4.4	Frauen im Vorstand der Bundes-SGK und in den Vorständen der Landes-SGKs.....	37
5.	Hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.....	38
5.1	SPD-Parteivorstand.....	38
5.2	Maßnahmen zur Förderung von Frauen beim Parteivorstand der SPD - Personalreferat -	39
5.3	SPD-Landesverbände, -Bezirke und –Unterbezirke.....	40

Einleitung

Karin Junker, MdEP, Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF) und Mitglied des Präsidiums der SPD

Nach 1999 gilt für diesen Berichtszeitraum zum zweiten Mal die Satzungsverpflichtung, nicht nur in den Gremien der Partei wie schon in den Jahren zuvor, sondern auch in allen Parlamenten sowie Gemeinde- und Stadträten die 40prozentige Mindestabsicherung für jedes Geschlecht zu erfüllen.

Bei der Bundestagswahl 1998 wurde dieses Ziel jedoch nicht ganz erreicht. Das mag für den ersten Anlauf auf Bundesebene noch verzeihlich gewesen sein, ist gleichstellungspolitisch allerdings nicht auf die leichte Schulter zu nehmen, falls die SPD auch 2002 hinter ihrem eigenen Anspruch zurückbleiben sollte. Die Bezirke und Landesverbände haben es in der Hand, für eine diesbezüglich positive Bilanz und damit für einen nicht zu unterschätzenden Pluspunkt im Wahlkampf zu sorgen. Denn bei allen Fortschritten innerparteilicher Gleichstellung, die seit dem „Quotenbeschluss“ auf dem Bundesparteitag 1988 in Münster zu verzeichnen sind, wird man die Glaubwürdigkeit der SPD vor allem daran messen, wie hoch der Frauenanteil an den Mandaten auf allen Ebenen ist.

Es ist fast überflüssig zu erwähnen, dass Defizite der vorgeschriebenen Geschlechterbeteiligung in der Regel immer noch zu Lasten von Frauen gehen. Und die Erfahrung lehrt eines stets aufs Neue, dass die erreichten Fortschritte immer wieder gefährdet sind und es daher einer permanenten Kraftanstrengung bedarf, das erzielte Niveau zu sichern.

Der Frauenanteil in der SPD nähert sich langsam der 30-Prozent-Marke, was aber nicht einem Anstieg der weiblichen Mitgliederzahl zu verdanken ist, sondern dem verhältnismäßig geringeren Mitgliederverlust bei den Frauen. Dass diese Entwicklung Ende 1998 kurzfristig durchbrochen werden konnte, lässt auf die Anziehungskraft der SPD nach dem Regierungswechsel schließen, in den die Frauen große Erwartungen setzten.

Es stünde der Partei gut an, sich im Rahmen von Mitgliederwerbekampagnen und mittelfristigen Strategien zur Mitgliederentwicklung der Zielgruppe „Frauen“ in ganz besonderem Maß zu widmen. Eine gezielte Ansprache von Frauen auch zwischen den Wahlen muss ein kontinuierliches Element der Zielgruppen- und Vertrauensarbeit der SPD werden. Diese Forderung gilt für die Partei als Ganzes, aber besonders für diejenigen Landesverbände und Bezirke, in denen der Frauenanteil unterdurchschnittlich ist.

Bei der Besetzung von Parteifunktionen ist das Bild weiterhin uneinheitlich. Erfreulicherweise nähert sich das Geschlechterverhältnis im Parteivorstand, im Präsidium und im Parteirat der Parität. Auch der Anteil der weiblichen Delegierten zum Bundesparteitag ist mit inzwischen 45,1 Prozent respektabel.

Allerdings ist die Verteilung zwischen den einzelnen Landesverbänden und Bezirken höchst unterschiedlich. Der gute Durchschnitt ist vor allem den herausragenden Er-

gebnissen von Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein, Berlin und Baden-Württemberg zu verdanken, deren Delegationen einen Frauenanteil von deutlich über 50 Prozent aufweist. Thüringen und Bremen brachten es dagegen nur auf einen Frauenanteil von 28,6 bzw. 20 Prozent. Das ist schlicht nicht akzeptabel. Hier sind die zuständigen Vorstände mit Nachdruck daran zu erinnern, dass die Satzungspflicht auch für ihre Organisationsgliederung gilt.

Auch für die Kommissionen, Foren und Projektgruppen des Parteivorstandes ergibt sich zum wiederholten Mal ein unterschiedliches Bild. Kommissionen mit paritätischer Besetzung oder einem weit überwiegenderen Frauenanteil bis zu einem Dreiviertelanteil stehen solchen mit einem Anteil von nur einem Fünftel wie bei der Kommission Europäische Union oder gar von nur knapp über 10 Prozent wie in der Kommission Internationale Politik gegenüber. Der Parteivorstand ist nach wie vor in der Pflicht, die entsprechende Zusammensetzung der Kommissionen einzufordern, auch und gerade weil die Satzungsvorschrift hier – zumindest de jure – nicht gilt.

Die Arbeitsgemeinschaften und Foren stehen mit sieben männlichen und sechs weiblichen Vorsitzenden sozusagen auf der Habenseite. Ihre Vorstände sind überwiegend satzungsgemäß mit Frauen und Männern besetzt. Für das Kuratorium des Wissenschaftsforums und den Vorstand des Kulturforums gilt das mit Frauenanteilen von nur 28,6 bzw. 27,3 Prozent leider nicht. Hier ist dringend nachzubessern.

Die Mindestabsicherung ist erfreulicherweise in allen Landes- und Bezirksvorständen erreicht, Hamburg, Berlin, Hessen-Nord und Rheinland/Hessen-Nassau glänzen durch paritätische Besetzung oder gar einen über 50prozentigen Frauenanteil. Anders verhält es sich allerdings bei der Vergabe von Spitzenpositionen. 26 männlichen Landes- und Bezirksvorsitzenden stehen nur drei weibliche Landesvorsitzende in Sachsen, Niedersachsen und Baden-Württemberg gegenüber. Bremen und Ostwestfalen-Lippe verfügen noch nicht einmal über stellvertretende Vorsitzende weiblichen Geschlechts, was nicht entschuldbar ist. Es gilt also nach wie vor die Erkenntnis: Je höher die Hierarchieebene, desto dünner die Luft für Frauen! Nicht einmal jeder fünfte Unterbezirks- oder Kreisvorsitzende ist eine Frau. Nur 17,3 Prozent aller Ortsvereine werden von einer Frau geleitet, und der Frauenanteil in den Ortsvereinsvorständen liegt nur bei knapp 30 Prozent. Es bedarf dringend einer Analyse der Ursachen für diese Unterrepräsentanz, vor allem in den Fällen, in denen nicht genügend weibliche Kandidaturen erfolgt sind.

Dass der Frauenanteil in der Gruppe der SPD-Europaabgeordneten schon jahrelang über 40 Prozent liegt, soll an dieser Stelle nicht unerwähnt bleiben, ebenso wenig wie die Forderung nach der Beibehaltung der Bundesliste für die Kandidatenaufstellung zur Europawahl als sichere Garantie für die Einhaltung der Satzungspflicht. Sie könnte bei einer unkoordinierten Aufstellung in den Bezirken schnell ins Wanken geraten.

Der Frauenanteil in der Bundestagsfraktion ist im Lauf der Wahlperiode geringfügig gestiegen, weil unter den sieben inzwischen nachgerückten Abgeordneten vier Frauen sind. Der Frauenanteil im Fraktionsvorstand ist dagegen seit 1999 von 15 auf 13 Frauen zurückgegangen. Damit ist die Parität nicht mehr gegeben. Bei den von der SPD gestellten Ausschussvorsitzenden blieb sie aber erhalten. Die zahlenmäßige Repräsentanz von Frauen und Männern in den einzelnen Ausschüssen variiert im-

mer noch stark nach Sachgebieten: eine Überrepräsentanz von Frauen im Ausschuss für Tourismus, im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und im Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung wird durch eine deutliche Unterrepräsentanz in den Ausschüssen für Verteidigung und Wirtschaft und Technologie konterkariert. Es bleibt also bei der Forderung, diesbezüglich in Zukunft für mehr Ausgewogenheit zwischen den Geschlechtern zu sorgen.

Dass der Bundesregierung so viele Frauen angehören wie noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik, ist ein gelegentlich wenig beachteter aber bedeutender Fortschritt. Seit der letzten Berichterstattung sind eine Ministerin und eine Staatssekretärin dazugekommen, was auch dazu geführt hat, dass das Landwirtschafts- und das Wirtschaftsministerium nicht länger „frauenlos“ geblieben sind. Die „saure Zitrone“ gebührt daher derzeit nur noch dem Bundeskanzleramt und dem Auswärtigen Amt, für deren oberste Etagen noch keine Frau für würdig befunden wurde.

Im Berichtszeitraum haben in Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Hamburg und Berlin Landtagswahlen stattgefunden. In Baden-Württemberg hat sich der Frauenanteil der Landtagsfraktion zwar verdoppelt, liegt aber mit nunmehr 26,6 Prozent noch immer deutlich unter dem Wünschbaren. Die „rote Laterne“ hat Baden-Württemberg aber inzwischen an Brandenburg mit einem Frauenanteil von 22,2 Prozent abgegeben. Am Beispiel Baden-Württemberg erweist sich, was quer durch Europa feststellbar ist: dass sich ein klares oder überwiegendes Mehrheitswahlrecht durchgängig negativ auf die Frauenbeteiligung an Mandaten auswirkt.

Berlin nimmt, was den Frauenanteil an den Mandaten angeht, jetzt mit 47,7 Prozent den Spitzenplatz unter allen Landtagen ein vor Bremen und Sachsen. Auch im Saarland, Hamburg und Schleswig-Holstein liegt der Frauenanteil bei 40 Prozent und mehr.

Am Beispiel Hamburg lässt sich einmal mehr belegen, dass Frauen, insbesondere die der mittleren Jahrgänge, in hohem Maß der SPD zuneigen. Das ist in diesem Fall besonders bitter, weil die gleiche Wahlzustimmung von Männern die Regierungsverantwortung der SPD in Hamburg gesichert hätte. Von dem neuen bürgerlich-konservativen Bündnis haben die Hanseatinnen nichts zu erwarten, von der Schill-Fraktion schon gar nicht, deren Frauenanteil noch unter zehn Prozent liegt. Die Zahl der Senatorinnen ist auf eine (von insgesamt zehn) geschrumpft. Eine zweite wurde bei Redaktionsschluss noch gesucht.

Der Frauenanteil in den Landesregierungen, an denen die SPD beteiligt ist, schwankt zwischen 18 Prozent in Brandenburg und 36,4 Prozent in Nordrhein-Westfalen, ist also bescheiden bis mittelmäßig. Die Zusammensetzung in Berlin ließ sich bei Redaktionsschluss noch nicht übersehen. Das gilt auch für den Fraktionsvorstand. Auch in Berlin wäre das Wahlergebnis klarer zugunsten der SPD ausgefallen, wenn die Männer der SPD in gleichem Maß die Zustimmung gegeben hätten wie die Frauen.

Der Trend, dass der Frauenanteil an kommunalpolitischen Ämtern und Funktionen umso höher ausfällt, je größer die Einwohnerzahl einer Stadt ist, hat sich im Berichtszeitraum fortgesetzt. Stellen Frauen in Städten mit über einer Million Einwohnerinnen und Einwohnern noch 49,3 Prozent der sozialdemokratischen Ratsmitglieder,

sind es in Städten unter 50.000 Einwohnerinnen und Einwohnern nur noch 27,6 Prozent.

Ausgesprochen schlecht sieht es mit der Frauenbeteiligung in kommunalen Führungspositionen aus, was sich zuletzt bei der Kommunalwahl in Niedersachsen gezeigt hat. Ob es um den Fraktionsvorsitz in Rats- oder Kreistagsfraktionen geht oder um die Bürger- und Oberbürgermeisterpositionen: Anteile von deutlich unter 10 Prozent müssen eine Mahnung an die Partei sein, die Entwicklung zu frauenlosen Kommunen auf den Führungsebenen zu stoppen. Um das zu erreichen, seien u. a. spezifische Angebote der Kommunalakademie und breitangelegte Mentoring-Programme nach dem Muster der bereits mit Erfolg erprobten Beispiele dringend empfohlen.

Last but not least sind die hauptamtlichen Strukturen des Willy-Brandt-Hauses erneut ebenso kritisch unter die Lupe zu nehmen wie die in den Landesverbänden und Bezirken. Hier hält sich die männliche Dominanz am hartnäckigsten. Es ist nicht länger hinzunehmen, dass in der Führungsetage des Parteivorstandes keine Frau zu finden ist. Die SPD läuft Gefahr, sich von richtungsweisenden Konzepten der Personal- und Organisationsentwicklung abzukoppeln, wie sie in vergleichbaren Organisationen und Institutionen längst üblich sind. Das schlägt sich in nahezu allen Papieren, Reden, Presseerklärungen, Kampagnen usw. entsprechend nieder, indem sie jeglichen gleichstellungspolitischen Bezug vermissen lassen und die, wenn überhaupt, nur mühsam nachgebessert werden können. Als erster Schritt müssen die im Gang befindlichen Maßnahmen der Personal- und Organisationsentwicklung sowie der Bildungs- und Weiterbildungsarbeit auf allen Ebenen als Sofortmaßnahme um eine Frauenförderkomponente ergänzt werden. Damit ist es aber nicht getan. Auch die Partei muss sich zum Gender-Mainstreaming-Prinzip bekennen und den Genderaspekt in ihr gesamtes Handeln einbeziehen.

In der Zusammenschau der Erkenntnisse des vorgelegten Berichts sind folgende Schlussfolgerungen unumgänglich:

- An der Mindestabsicherung kann und darf auf längere Sicht nicht gerüttelt werden, wenn die Sozialdemokratie nicht von vornherein Rückschritte in der innerparteilichen Gleichstellung billigend in Kauf nehmen will.
- Die Vorstände müssen ihrer Verantwortung für die innerparteiliche Gleichstellung stärker gerecht werden, indem sie Satzungsverstöße nicht zu tolerieren bereit sind.
- Die Einstellungspraxis und die Aufstiegsmöglichkeiten im Apparat müssen auf allen Ebenen rasch zugunsten von Frauen verändert bzw. verbessert werden.

Bleibt noch der Hinweis, dass Chancengleichheit von Frauen und Männern für die SPD mehr ist als eine Programm- und Satzungsverpflichtung und auch mehr als ein elementarer Bestandteil einer modernen Gesellschaftspolitik, sie ist auch noch immer und womöglich immer öfter eine Garantie für Wahlerfolge, basierend auf der Unterstützung von Frauen und immer mehr gleichstellungsorientierten Männern – also in gewissem Sinn eine Methode zum blanken Eigennutz. Dieses politische Kapital darf nicht verspielt werden.

Die SPD auf Bundesebene**1.1 Mitgliederentwicklung**

Jahr	Anzahl der weiblichen Mitglieder	Frauenanteil in Prozent
1984	226.654	24,49
1986	232.000	25,2
1988	236.219	26,02
1990	255.809	27,12
31.12.1993	240.053	27,87
31.12.1994	238.192	28,04
31.12.1995	230.952	28,25
31.12.1996	226.003	28,47
31.12.1997	223.198	28,69
31.12.1998	224.213	28,93
31.12.1999	220.003	29,14
31.12.2000	215.633	29,35

1.2 Parteivorstand, Präsidium, Parteirat

	1988	1990	1991	1993	1995	1997	1999	2001
Parteivorstand insgesamt	41	51	45	45	45	45	45	Wahl auf dem Parteitag 2001
davon Frauen Frauenanteil in %	14 34,1	18 35,3	17 37,8	19 42,2	21 46,7	23 51,1	21 46,7	
Präsidium Insgesamt	11	13	keine Angaben	13	13	13	13	Wahl nach dem Parteitag 2001
davon Frauen Frauenanteil in %	4 36,4	5 38,5		5 38,5	5 38,5	5 38,5	6 ¹ 46,2	
Parteirat insgesamt	88	110	keine Angaben	111	110	110	109	108
davon Frauen Frauenanteil in %	28 31,8	41 37,2		50 45,0	50 45,5	50 45,5	49 45,0	52 48,1

¹ Ulrich Maurer wurde im September 2000 als Nachfolger von Rudolf Dreßler in das Präsidium nachgewählt, der Frauenanteil hat sich dadurch nicht verändert.

1.3 Weibliche Delegierte zu den Bundesparteitagen 1984 bis 1999

	Anzahl der weiblichen Delegierten	Frauenanteil in Prozent
1984	83	18,9
1986	118	27,2
1988	159	36,6
1990	214	42,0
1991	203	43,5
1992	192	42,1
1993	198	42,1
1995	249	47,5
1996	231	46,2
1997	236	45,1
1998 ²	229	44,6
1999	217	45,2

² Außerordentlicher Parteitag Bonn 25.10.1998

**1.4 Delegierte auf dem ordentlichen Bundesparteitag
Dezember 1999 nach Landesverbänden / Bezirken**

Landesverband / Bezirk	Zahl der Delegierten insgesamt	Zahl der weiblichen Delegierten	Frauenanteil in Prozent
Schleswig-Holstein	19	11	57,9
Mecklenburg-Vorpommern	4	2	50,0
Hamburg	10	4	40,0
Bremen	5	1	20,0
Nord-Niedersachsen	6	3	50,0
Weser-Ems	16	6	37,5
Hannover	26	12	46,2
Braunschweig	11	5	45,5
Sachsen-Anhalt	7	5	71,4
Brandenburg	8	4	50,0
Berlin	13	7	53,8
Ostwestfalen-Lippe	14	7	50,0
Westliches Westfalen	59	25	42,4
Niederrhein	34	14	41,2
Mittelrhein	27	12	44,4
Hessen-Nord	18	9	50,0
Hessen-Süd	34	14	41,2
Thüringen	7	2	28,6
Sachsen	9	4	44,4
Saar	18	7	38,9
Rheinland / Hessen-Nassau	16	6	37,5
Rheinhessen	6	3	50,0
Pfalz	13	6	46,2
Baden-Württemberg	39	20	51,3
Bayern	61	28	45,9
Gesamt	480	217	45,2

1.5 Kommissionen, Projektgruppen, ad-hoc-Gruppen, Gesprächskreise und Beiräte des Parteivorstandes

	Vorsitz Mann / Frau	Stv. Vor- sitz	Zahl der Mitglieder insgesamt	Zahl der weiblichen Mitglieder	Frauenanteil in Prozent
Kontrollkommission	Frau	1 Mann	9	4	44,4
Schiedskommission	Mann	1 Mann / 1 Frau	7	3	42,9
Grundsatzprogramm- kommission	Mann	3 Männer / 2 Frauen	49	16	32,7
Grundwertekommission	Mann	./.	14 ³	6	42,9
Historische Kommission	Mann	1 Mann / 1 Frau	30	10	33,3
Kommission Internationale Politik	Mann	1 Mann	24	8	12,5
Kommission Migration ⁴	Frau	./.	./.	./.	./.
Kommission Europäische Union	Mann	./.	39	8	20,5
Kommission Internationale Finanzmärkte	2 Män- ner	./.	23	6	26,1
Kommission Landwirtschaft und ländlicher Raum	Mann	./.	37	13	35,1
Projektgruppe Zukunft von Selbständigkeit und Mit- telstand	Mann	./.	36	8	22,2
Projektgruppe Kommunalpo- litische Leitsätze ⁵	Mann	./.	22	7	31,9
Projektgruppe Zukunft der Arbeit ⁶	Mann	./.	22	9	40,1
Projektgruppe Jugend	Frau	./.	11	7	63,4
Ad-hoc-Gruppe Medien	./.	./.	7	1	14,3
Ad-hoc-Gruppe Kommunales	Mann	./.	16	4	25,0
Ad-hoc-Gruppe Partizipation	Frau	./.	12	2	16,6
Gesprächskreis Bildung	Mann	./.	11	2	18,2
Gesprächskreis Verbraucher- schutz	Mann	./.	9	7	77,8
Beirat Parteischule	Frau	1 Frau	17	5	29,4

³ Hinzu kommen 10 korrespondierende Mitglieder und Berater, darunter ist eine Frau.

⁴ Die Kommission arbeitet in Form eines Gesprächskreises (Verbändegespräche) unter Vorsitz von Heidemarie Wieczorek-Zeul, die klassischen Kommissionsstrukturen fehlen im wesentlichen. Es gibt keine stellvertretenden Vorsitzenden und keine weiteren festen Mitglieder. Der Kreis der Eingeladenen (VerbändevertreterInnen) variiert, es wird ein hoher Frauenanteil angestrebt.

⁵ Die Projektgruppe Kommunalpolitische Leitsätze besteht je zur Hälfte aus vom SPD-Parteivorstand und dem Vorstand der Bundes-SGK nominierten Mitgliedern.

⁶ Hinzu kommen 6 weitere ständige Gäste und Berater, darunter sind 2 Frauen.

1.6 Bundesvorstände der Arbeitsgemeinschaften und Foren

	Vorsitzende		stellvertretende Vorsitzende		weitere Vorstandsmitglieder		Frauenanteil
	Männer	Frauen	gesamt	davon Frauen	gesamt	davon Frauen	in Prozent
Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF)	0	1	0	3	17	17	100
Jungsozialistinnen und Jungsozialisten (Jusos)	1	0	6	3	./.	./.	42,9
Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA)	1	0	3	1	25	11	41,4
Arbeitsgemeinschaft SPD 60 plus	1	0	2	1	6	3	44,4
Arbeitsgemeinschaft Selbständige in der SPD(AGS)	1	0	5	2	7 ⁷	2	30,8
Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen (ASJ)	1	0	2	1	5 ⁸	2	37,5
Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG)	1	0	2	1	7	3	40,0
Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB)	0	1	2	2	4	1	57,1
Arbeitsgemeinschaft ehemals verfolgter Sozialdemokraten (AvS)	0	1	2	0	9 ⁹	2	25,0
Kuratorium des Wissenschaftsforums der Sozialdemokratie	0	1	./.	./.	13	3	28,6
Vorstand des Kulturforums der Sozialdemokratie	1	0	1	0	9	3	27,3
Forum Eine Welt	0	1	3	2	./.	./.	keine Angabe
Forum Familie	0	1	./.	./.	keine Angabe	5	50,0

⁷ Eine Vorstandsfunktion ist derzeit unbesetzt, eine der sieben Vorstandsmitglieder ist der Ehrenvorsitzende.

⁸ Darunter ein Ehrenmitglied.

⁹ Beraterinnen und Berater des Vorstandes.

2. Die SPD auf Landesverbands-, Bezirks-, Unterbezirks- und Ortsvereinsebene

2.1 Mitgliederentwicklung in den Landesverbänden und Bezirken 1995 – 2000

Landesverbände/ Bezirke	31.12.1995	31.12.1997	31.12.1998	31.12.1999	31.12.2000
Schleswig- Holstein*)	32.626 10.881	30.511 10.316	30.254 10.257	29.178 9.947	28.475 9.770
Mecklenburg- Vorpommern	3.341 857	3.576 976	3.420 949	3.508 999	3.462 986
Hamburg	17.466 6.070	15.884 5.542	15.527 5.386	14.760 5.127	14.355 4.981
Bremen	8.908 2.698	8.014 2.463	7.705 2.373	7.417 2.305	7.055 2.190
Nord-Niedersachsen	9.360 2.474	8.989 2.397	8.999 2.437	8.725 2.399	8.551 2.400
Weser-Ems	26.856 7.233	26.250 7.167	26.287 7.256	25.463 7.075	24.993 7.016
Hannover	46.253 12.398	44.018 12.035	43.704 12.078	42.478 11.791	41.531 11.658
Braunschweig	19.703 5.260	18.831 5.097	18.844 5.153	18.388 5.038	17.840 4.929
Sachsen-Anhalt	6.143 1.571	6.096 1.578	6.130 1.578	6.150 1.610	5.870 1.548
Brandenburg	6.746 1.670	6.936 1.775	7.575 1.979	7.544 2.025	7.518 2.060
Berlin	23.414 7.617	21.262 6.870	20.578 6.665	20.430 6.646	20.189 6.564
Ostwestfalen-Lippe	23.975 6.355	23.004 6.286	22.863 6.315	22.389 6.221	21.749 6.093
Westliches Westfalen	110.075 34.157	103.416 32.547	103.347 32.637	100.423 31.888	96.652 30.892
Niederrhein	57.876 17.172	54.508 16.330	54.710 16.562	53.302 16.213	51.119 15.634
Mittelrhein	46.365 14.562	44.300 14.086	44.846 14.279	43.218 13.790	41.770 13.383
Hessen-Nord	36.516 8.421	35.145 8.289	34.827 8.286	33.989 8.160	33.239 8.062
Hessen-Süd	68.114 16.914	64.682 16.484	63.438 16.355	61.300 15.912	59.804 15.642
Thüringen	5.769 1.415	5.587 1.434	5.781 1.523	5.857 1.586	5.694 1.545
Sachsen	5.178 1.151	5.246 1.210	5.358 1.237	5.280 1.242	5.198 1.224
Saar	37.559 10.912	37.008 10.874	37.579 11.173	36.673 11.014	35.533 10.718
Rheinland/Hessen- Nassau	29.319 7.167	27.729 6.870	27.503 6.909	27.205 6.933	26.201 6.717
Rheinhessen	11.212 3.360	10.882 3.285	10.745 3.279	10.668 3.280	10.359 3.235

Landesverbände/ Bezirke	31.12.1995	31.12.1997	31.12.1998	31.12.1999	31.12.2000
Pfalz	26.447 6.654	25.247 6.495	24.952 6.513	24.664 6.546	23.919 6.399
Baden-Württemberg	56.300 15.917	52.565 15.072	52.332 15.126	51.156 14.948	50.784 15.063
Bayern	102.129 28.066	98.213 27.720	97.732 27.908	94.901 27.292	92.807 26.924
SPD gesamt	817.650	777.899	775.036	755.066	734.667
Männer	586.698	554.701	550.823	535.024	519.034
Frauen	230.952	223.198	224.213	219.987	215.633
Frauenanteil	28,25%	28,69%	28,93%	29,13%	29,35%

*) 1. Zeile: gesamt
2. Zeile: weiblich

2.2. Weibliche Mitglieder in den Landesverbänden und Bezirken, Rangfolge nach Frauenanteil in Prozent (Stand: 31.12.2000)

Landesverbände/ Bezirke	gesamt	weiblich	Frauenanteil in Prozent
Hamburg	14.355	4.981	34,7
Schleswig- Holstein	28.475	9.770	34,3
Berlin	20.189	6.564	32,5
Westliches Westfalen	96.652	30.892	32,0
Mittelrhein	41.770	13.383	32,0
Rhein Hessen	10.359	3.235	31,2
Bremen	7.055	2.190	31,0
Niederrhein	51.119	15.634	30,6
Saar	35.533	10.718	30,2
Baden-Württemberg	50.784	15.063	29,7
Bayern	92.807	26.924	29,0
Mecklenburg- Vorpommern	3.462	986	28,5
Nord-Niedersachsen	8.551	2.400	28,1
Weser-Ems	24.993	7.016	28,1
Hannover	41.531	11.658	28,1
Ostwestfalen-Lippe	21.749	6.093	28,0
Braunschweig	17.840	4.929	27,6
Brandenburg	7.518	2.060	27,4
Thüringen	5.694	1.545	27,1
Pfalz	23.919	6.399	26,8
Sachsen-Anhalt	5.870	1.548	26,4
Hessen-Süd	59.804	15.642	26,2
Rheinland/Hessen- Nassau	26.201	6.717	25,7
Hessen-Nord	33.239	8.062	24,3
Sachsen	5.198	1.224	23,5

2.3. Vorstände der Landesverbände und Bezirke¹⁰

Landesverband / Bezirk	weibliche Landes -/ Be- zirks- vorsitzende	stellvertre- tende Vorsit- zende	Landes-/Bezirksvorstände	
			Frauenanteil gesamt / davon Frauen und in Prozent (zum Vergleich Angaben von 1999)	
		gesamt / davon Frauen	1999	2001
Schleswig-Holstein	nein	2 / 1	47,1	7 / 17 41,2
Mecklenburg- Vorpommern	nein	2 / 1	46,7	7 / 15 46,7
Hamburg	nein	2 / 2	50,0	11 / 25 44,0
Bremen	nein	1 / 0	41,2	7 / 17 41,2
Nord-Niedersachsen	nein	3 / 1	40,0	7 / 15 46,7
Weser-Ems	nein	3 / 2	44,4	8 / 18 44,4
Hannover	nein	3 / 2	47,6	9 / 21 42,9
Braunschweig	nein	2 / 1	46,7	6 / 15 40,0
Sachsen-Anhalt	nein	3 / 1	41,2	7 / 17 41,2
Brandenburg	nein	4 / 2	40,0	7 / 17 41,2
Berlin	nein	4 / 2	50,0	7 / 13 53,8
Ostwestfalen-Lippe	nein	1 / 0	41,2	7 / 17 41,2

¹⁰ Quelle: eigene Angaben der Landesverbände und Bezirke

Landesverband / Bezirk	weibliche Landes -/ Be- zirks- vorsitzende	stellvertre- tende Vorsit- zende	Landes-/Bezirksvorstände	
			Frauenanteil gesamt / davon Frauen und in Prozent (zum Vergleich Angaben von 1999)	
			1999	2001
Westliches Westfalen	nein	3 / 2	40,0	9 / 20 45,0
Niederrhein	nein	2 / 1	40,0	6 / 14 42,9
Mittelrhein	nein	2 / 1	43,5	10 / 23 43,5
Hessen-Nord	nein	2 / 1	42,1	10 / 19 52,6
Hessen-Süd	nein	2 / 1	40,0	9 / 20 45,0
Thüringen	nein	4 / 2	44,0	11 / 24 45,8
Sachsen	ja	2 / 1	45,0	9 / 21 42,9
Saar	nein	4 / 2	45,0	9 / 20 45,0
Rheinland / Hessen- Nassau	nein	2 / 1	52,9	9 / 17 52,9
Rheinhessen	nein	2 / 1	40,0	6 / 15 40,0
Pfalz	nein	2 / 1	35,3	7 / 17 41,2
Baden-Württemberg	ja	4 / 1	40,7	11 / 27 40,7
Bayern	nein	4 / 2	43,6	16 / 38 42,1

Vorstände der Landesverbände, die nicht den Status von Bezirken haben

Landesverband	weibliche Landesvorsitzende	stellvertretende Vorsitzende	Landesvorstände	
			Frauenanteil gesamt / davon Frauen und in Prozent (zum Vergleich Angaben von 1999)	
		gesamt / davon Frauen	1999	2001
Niedersachsen	ja	4 / 2	45,5	5 / 10 50,0
Nordrhein-Westfalen	nein	2 / 1	50,0	10 / 19 52,6
Hessen	nein	3 / 1	44,4	8 / 18 44,4
Rheinland-Pfalz	nein	3 / 0	47,6	10 / 21 47,6

2.4. Vorstände der Unterbezirke / Kreisverbände

Landesverband / Bezirk	Vorsitzende der Unterbezirke / Kreisverbände			Vorstände der Unterbezirke / Kreisverbände		
	absolut	davon Frauen	Frauen- anteil in Prozent	absolut	davon Frauen	Frauen- anteil in Prozent
Schleswig- Holstein	15	4	26,7	166	68	41,0
Mecklenburg- Vorpommern	18	4	22,2	155	59	38,1
Hamburg	7	0	0	112	47	42,0
Bremen	4	1	25,0	52	17	32,7
Nord-Nieder- sachsen	6	1	16,7	83	30	36,1
Weser-Ems	17	5	29,4	289	111	38,4
Hannover	14	3	21,4	289	121	41,9
Braunschweig	9	4	44,4	101	66	65,3
Sachsen-Anhalt	24	5	20,8	69	26	37,7
Brandenburg	16	1	6,3	219	71	32,4
Berlin	12	1	8,3	237	87	36,7
Ostwestfalen / Lippe	7	5	71,4	146	57	39,0
Westliches Westfalen	19	0	0	437	161	36,8
Niederrhein	15	6	40,0	241	98	40,7
Mittelrhein	12	1	8,3	221	90	40,7
Hessen-Nord	8	0	0	147	63	42,9
Hessen-Süd	18	3	16,7	473	170	35,9
Thüringen	24	2	8,3	169	56	33,1
Sachsen	10	3	30,0	118	41	34,7
Saar	7	0	0	221	83	37,6
Rheinland / Hessen-Nassau	16	2	12,5	322	123	38,2
Rheinhausen	4	0	0	51	22	43,1
Pfalz	8	1	12,5	145	55	37,9
Baden- Württemberg	44	10	22,7	705	259	36,7
Bayern	128	19	14,8	2.934	606	20,7
gesamt	462	81	17,5	8.102	2.587	31,9

2.5. Vorstände der Ortsvereine

Landesverband / Bezirk	Vorsitzende der Ortsvereine			Vorstände der Ortsvereine		
	absolut	davon Frauen	Frauen- anteil in Prozent	absolut	davon Frauen	Frauen- anteil in Prozent
Schleswig- Holstein	625	147	23,5	3.042	1.003	33,0
Mecklenburg- Vorpommern	168	29	17,3	478	149	31,2
Hamburg	83	23	27,7	817	296	36,2
Bremen	56	19	33,9	438	173	39,5
Nord-Nieder- sachsen	78	17	21,8	611	237	38,8
Weser-Ems	313	57	18,2	2.808	810	28,8
Hannover	549	107	19,5	3.816	1.031	27,0
Braunschweig	182	29	15,9	1.559	457	29,3
Sachsen-Anhalt	292	41	14,0	768	213	27,7
Brandenburg	283	40	14,1	927	266	28,7
Berlin	143	35	24,5	1.941	717	36,9
Ostwestfalen / Lippe	372	50	13,4	3.052	803	26,3
Westliches Westfalen	751	108	14,4	8.409	2.745	32,6
Niederrhein	284	48	16,9	3.137	1.060	33,8
Mittelrhein	227	39	17,2	2.835	983	34,7
Hessen-Nord	601	65	32,3	3.741	740	19,8
Hessen-Süd	436	95	21,8	4.562	1.308	28,7
Thüringen	298	49	16,4	622	181	29,1
Sachsen	217	28	12,9	868	200	23,0
Saar	343	41	12,0	3.938	1.051	26,7
Rheinland / Hessen-Nassau	540	88	16,3	3.839	988	25,7
Rheinhessen	145	27	18,6	1.320	401	30,4
Pfalz	441	61	13,8	3.290	829	25,2
Baden- Württemberg	970	212	21,9	6.284	1.945	31,0
Bayern	1.831	318	17,4	14.663	4.046	27,6
	10.228	1.773	17,3	77.765	22.632	29,1

3. Parlamente / Fraktionen / Regierungen

3.1. Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) im Europäischen Parlament

Anteil der weiblichen Abgeordneten unter den SPD-Abgeordneten des Europäischen Parlaments 1979 bis 1999

	1979	1984	1989	1994	1999	2001
Anzahl der weiblichen SPD-Europaabgeordneten	7	8	12	17	14	14
Frauenanteil in der deutschen Gruppe der SPD-Europaabgeordneten in %	20,0	25,0	38,7	42,5	42,4	40,0

Der Frauenanteil innerhalb der Gruppe der SPD-Abgeordneten konnte seit der ersten Direktwahl 1979 kontinuierlich gesteigert werden und liegt nun schon seit längerem deutlich über 40 Prozent. Seit der letzten Wahl am 13. Juni 1999 beträgt der Frauenanteil unter den SPD-Europaabgeordneten 42,4 Prozent (14 Frauen von 33 Abgeordneten). Die Gruppe der SPD-Europaabgeordneten ist im Oktober 2000 durch den Wechsel von zwei männlichen Grünen-Abgeordneten in die SPD auf 35 angewachsen. Der Frauenanteil ist dadurch auf 40 Prozent gesunken. Der Frauenanteil im Europäischen Parlament insgesamt liegt bei 30,0 Prozent (188 Frauen von 626 Abgeordneten). Die Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) konnte ihren weiblichen Anteil von 33 Prozent auf 36 Prozent steigern (von 180 Abgeordneten sind 65 Frauen), wobei die SPD nach wie vor weit über dem Durchschnitt und mit großem Abstand vor den konservativen Parteien liegt.

3.2. SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag

3.2.1 Weibliche Abgeordnete in der SPD-Fraktion seit 1949

Jahr der Bundestagswahl		absolut	in Prozent
1949	1)	13	9,5
	2)	16	11,5
1953	1)	21	12,9
	2)	22	13,4
1957	1)	22	12,2
	2)	22	12,2
1961	1)	21	10,3
	2)	23	11,1
1965	1)	19	8,7
	2)	19	8,8
1969	1)	18	5,9
	2)	17	7,3
1972	1)	13	5,4
	2)	15	6,2
1976	1)	15	8,5
	2)	17	9,4
1980	1)	19	8,3
	2)	20	8,9
1983	1)	21	10,4
	2)	23	11,4
1987	1)	31	16,1
	2)	38	16,8
1990	1)	65	27,2
	2)	65	27,2
1994	1)	86	34,1
	2)	88	35,1
1998	1)	105 ¹¹	35,2
	2)	107 ¹²	36,5

1) zu Beginn der Legislaturperiode
2) am Ende der Legislaturperiode

¹¹ Am Tag der Konstituierenden Sitzung des Deutschen Bundestages

¹² Stand: 30.06.2001, durch Fraktionswechsel, Tod oder andere Gründe sind verschiedene SPD-Abgeordnete aus der Fraktion ausgeschieden. Nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes dürfen ausgeschiedene oder verstorbene MdBs so lange nicht durch Nachrücker/innen von der Landesliste ersetzt werden, wie es dort Überhangmandate gibt. Dadurch hat sich die Zahl der SPD-Abgeordneten von zunächst 298 auf zur Zeit 293 verringert.

3.2.2 Frauen im Fraktionsvorstand der SPD-Bundestagsfraktion

Dem Geschäftsführenden Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion gehören der Fraktionsvorsitzende, die neun stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden, die fünf parlamentarischen Geschäftsführerinnen und Geschäftsführer sowie kraft Amtes der Bundestagspräsident und die Bundestagsvizepräsidentin an. Unter diesen 17 Mitgliedern sind 7 Frauen (drei stellvertretende Fraktionsvorsitzende, drei parlamentarische Geschäftsführerinnen sowie die Bundestagsvizepräsidentin), der Frauenanteil liegt bei 41,2 Prozent. Unter den weiteren 30 Vorstandsmitgliedern, sind 13 Frauen (43,3 Prozent). Im insgesamt 47-köpfigen Fraktionsvorstand beträgt der Frauenanteil 42,6 Prozent (20 Frauen).

3.2.3. Frauen im Fraktionsvorstand der SPD-Bundestagsfraktion seit 1949

	absolut	in %
1. Wahlperiode 1949-1953	1	5,2
2. Wahlperiode 1953-1957	3	14,2
3. Wahlperiode 1957-1961	2	8,6
4. Wahlperiode 1961-1965	2	8,3
5. Wahlperiode 1965-1967	2	7,6
6. Wahlperiode 1969-1972	3	10
7. Wahlperiode 1972-1976	4	13,3
8. Wahlperiode 1976-1980	3 ab 23.3.78: 4	10 12,9
9. Wahlperiode 1980-1983	4	12,5
10. Wahlperiode 1983-1987	6 Ende 1986: 7	14,2 20
11. Wahlperiode 1987-1990	11	27,5
12. Wahlperiode 1990-1994	14 1993: 19	29,2 42,2
13. Wahlperiode 1994-1998	18	40,0
14. Wahlperiode ab 1998	22 2001: 20	46,8 42,6

3.2.4 Zusammensetzung der Ausschüsse und Arbeitsgruppen

3.2.4.1 Frauenanteil unter den sozialdemokratischen Mitgliedern der Ausschüsse und Enquetekommissionen des Deutschen Bundestages ¹³

	Anzahl der ordentlichen SPD-Ausschussmitglieder	Anzahl der Frauen	Frauenanteil in Prozent
Enquetekommission Demographischer Wandel	5	4	80,0
Ausschuss für Tourismus	6	4	66,7
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	14	9	64,3
Enquetekommission Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements	5	3	60,0
Enquetekommission Recht und Ethik der modernen Medizin	5	3	60,0
Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung	17	11	64,7
Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe	7	4	57,1
Ausschuss für Kultur und Medien	7	4	57,1
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	17	9	52,9
Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft	16	8	50,0
Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	12	6	50,0
Enquetekommission Globalisierung der Weltwirtschaft	6	3	50,0
Petitionsausschuss	13	6	46,2
Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen	18	8	44,4
Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung	7	3	42,9
Rechtsausschuss	14	5	35,7
Ausschuss für Gesundheit	14	5	35,7
Haushaltsausschuss	19	6	31,6
Innenausschuss	17	5	29,4
Finanzausschuss	17	5	29,4
Auswärtiger Ausschuss	17	5	29,4
Sportausschuss	7	2	28,6
Ausschuss für die Angelegenheiten der Neuen Länder	7	2	28,6

¹³ In der Rangfolge der Frauenbeteiligung

Ausschuss für Angelegenheiten der Europäischen Union	16	4	25,0
Verteidigungsausschuss	17	3	17,6
Ausschuss für Wirtschaft und Technologie	17	3	17,6
Enquetekommission Nachhaltige Energieversorgung	6	1	16,7
1. Untersuchungsausschuss	7	1	14,3
Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung	17	2	11,8
Sonderausschuss Maßstäbengesetz / Finanzausgleichsgesetz	9	1	11,1

Die SPD stellt in 10 der 23 Ausschüsse des Bundestages den Vorsitz. Folgende fünf Ausschüsse haben eine sozialdemokratische Abgeordnete als Vorsitzende.

- Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung: Erika Simm
- Innenausschuss: Ute Vogt
- Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Christel Riemann-Hanewinkel
- Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung: Doris Barnett
- Ausschuss für Kultur und Medien: Monika Griefahn

Von den 5 Enquetekommissionen des Bundestages haben drei eine/n sozialdemokratischen Vorsitzende/n, darunter ist Margot von Renesse als Vorsitzende der Enquetekommission Recht und Ethik der modernen Medizin

Die SPD stellt 10 stellvertretende Ausschussvorsitzende, davon haben drei SPD-Frauen den stellvertretenden Vorsitz inne in folgenden Ausschüssen:

- Petitionsausschuss: Jutta Müller
- Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung: Ulla Burchardt
- Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung: Brigitte Adler

Zwei SPD-Abgeordnete sind stellvertretende Vorsitzende einer Enquetekommission, darunter Gabriele Iwersen als stellvertretende Vorsitzende der Enquetekommission Demographischer Wandel.

Der 1. Untersuchungsausschuss und der Sonderausschuss Maßstäbengesetz / Finanzausgleichsgesetz haben jeweils männlichen SPD-Abgeordnete als Vorsitzende.

3.2.4.2 Ausschuss-Arbeitsgruppen der SPD-Bundestagsfraktion

Von den 23 Ausschussarbeitsgruppen der SPD-Bundestagsfraktion, die entsprechend der Ausschüsse des Bundestages arbeiten, haben 8 eine Sprecherin (8 von

24¹⁴ = 33,3 Prozent). Die fünf den Enquetekommissionen zugeordneten Arbeitsgruppen haben zwei Sprecherinnen und drei Sprecher.

Unter den weiteren 28 Arbeitsgruppen, Querschnittsarbeitsgruppen und Gesprächskreisen gibt es 10 Sprecherinnen (= 35,7 Prozent).

3.3. Bundesregierung

	insgesamt	davon Frauen	Frauenanteil in Prozent
Bundesminister/innen	14	6	42,9
	SPD: 11 B90/Grüne: 3	SPD: 5 B90/Grüne: 1	SPD: 45,5 B90/Grüne: 33,3
Parlamentarische Staatssekretäre / Staatssekretärinnen ¹⁵	26	11	42,3
	SPD: 21 B90/Grüne: 5	SPD: 7 B90/Grüne: 4	SPD: 33,3 B90/Grüne: 80,0

¹⁴ Die Arbeitsgruppe Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft hat eine Sprecherin und einen Sprecher.

¹⁵ einschließlich Staatsminister im Bundeskanzleramt und im Auswärtigen Amt

3.4 SPD-Fraktionen der Länderparlamente

3.4.1 Weibliche Abgeordnete in den SPD-Landestagsfraktionen ¹⁶ (Rangfolge nach Frauenanteil in Prozent)

Bundesland	SPD-Mandate gesamt	davon Frauen	Frauenanteil in Prozent	letzte Wahlen am
1. Berlin ¹⁷	44	21	47,7	21.10.01
2. Bremen	47	21	44,7	06.06.99
3. Sachsen	14	6	42,9	19.09.99
4. Schleswig-Holstein	41	17	41,5	27.02.00
5. Hamburg	46	19	41,3	23.09.01
6. Saarland	25	10	40,0	05.09.99
7. Thüringen	18	7	38,9	12.09.99
8. Nordrhein-Westfalen	102	38	37,3	14.05.00
9. Hessen	46	17	37,0	07.02.99
10. Mecklenburg- Vorpommern	27	10	37,0	27.09.98
11. Rheinland-Pfalz	49	17	34,7	25.03.01
12. Bayern	67	22	32,8	13.09.98
13. Niedersachsen	83	23	27,7	01.03.98
14. Baden-Württemberg	45	12	26,6	25.03.01
15. Sachsen-Anhalt	46 ¹⁸	12	26,1	26.04.98
16. Brandenburg	36	8	22,2	05.09.99

¹⁶ eigene Angaben der Landtagsfraktionen, Umfrage Juli / August 2001

¹⁷ Quelle: Bericht des Landeswahlleiters, Gewählte Abgeordnete nach der Wahl zum Abgeordnetenhaus von Berlin am 21. Oktober 2001 - Vorläufiges Ergebnis -, 22.10.2001

¹⁸ zunächst 47, jetzt 46 SPD-Abgeordnete.

3.4.2. Funktionsverteilung in den SPD-Fraktionen der Länder

Vorstände der SPD-Landtagsfraktionen ¹⁹

	stellvertretende Fraktionsvorsitzende / davon Frauen	weitere Mitglieder/ Beisitzer/innen des Fraktionsvorstandes / davon Frauen	Frauenanteil im Fraktionsvorstand in %
Baden-Württemberg	1 / 1	11 / 3	30,8
Bayern ²⁰	3 / 3	3 / 0	42,9
Berlin ²¹	4 / 3 ²²	7 / 5 ²³	71,4 ²⁴
Brandenburg	3 / 2	5 / 2 ²⁵	40,0
Bremen	2 / 1	9 / 5	50,0
Hamburg	4 / 2	12 / 5 ²⁶	41,2
Hessen	6 / 3	4 / 2	45,5
Mecklenburg-Vorpommern	3 / 2	2 / 0	33,3
Niedersachsen	4 / 1	6 / 2	33,3
Nordrhein-Westfalen	8 / 2	34 / 9 ²⁷	26,5
Rheinland-Pfalz	5 / 2	8 / 2	42,9
Saarland	2 / 1	6 / 3	40,0
Sachsen	2 / 1	./.	40,0
Sachsen-Anhalt	2 / 1	13 / 4	25,0
Schleswig-Holstein	3 / 2	3 / 1	42,9
Thüringen	3 / 1	6 / 2	33,3

¹⁹ Alle Landtagsfraktionen haben einen männlichen Vorsitzenden.

²⁰ Daten für den Geschäftsführenden Fraktionsvorstand

²¹ Die Konstituierung nach der Abgeordnetenhauswahl am 21.10.2001 erfolgt im Anschluss an die Konstituierung des Abgeordnetenhauses und die Wahl des Senates.

²² Wahl des Geschäftsführenden Fraktionsvorstandes (Fraktionsvorsitzender, stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Parlamentarischer Geschäftsführer am 30.10.2001. Im GFV beträgt der Frauenanteil 50 %).

²³ Stand vor der Neuwahl des Abgeordnetenhauses.

²⁴ Stand vor der Neuwahl des Abgeordnetenhauses.

²⁵ hinzu kommen zwei beratende Vorstandsmitglieder, darunter ist keine Frau.

²⁶ Darunter zwei kooptierte Mitglieder, ein Mann und eine Frau.

²⁷ Einschließlich der Parlamentarischen Geschäftsführerin

3.4.3 Frauenanteil unter den SPD-Arbeitskreis- und Ausschussvorsitzenden

	Arbeitskreise der SPD-Fraktionen	Ausschüsse der Parlamente
	Arbeitskreisvorsitzende insgesamt / davon Frauen	SPD-Auschußvorsitzende ins- gesamt / davon Frauen
Baden- Württemberg	9 / 3	4 / 0
Bayern	12 / 1	4 / 0
Berlin ²⁸	7 / 5	4 / 1
Brandenburg	13 / 4	4 / 1
Bremen	21 / 11	10 / 3
Hamburg ²⁹	17 / 6	10 / 3
Hessen	18 / 4	6 / 3
Mecklenburg- Vorpommern	keine Angaben	
Niedersachsen	23 / 6	15 / 5
Nordrhein- Westfalen	25 ³⁰ / 8	12 / 6
Rheinland-Pfalz	14 / 5	7 / 3
Saarland	keine Angaben	
Sachsen	4 / 2	1 / 0
Sachsen-Anhalt	12 / 4	5 / 1
Schleswig-Holstein	9 / 2	5 / 1
Thüringen	4 / 1	2 / 2

²⁸ Stand: 26.07.2001, die Konstituierung nach den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus am 21.10.2001 ist nicht berücksichtigt.

²⁹ Konstituierung nach der Bürgerschaftswahl am 23.9.01 noch nicht berücksichtigt.

³⁰ Darunter 2, die zu Enquetekommissionen des Landtages arbeiten.

3.5 Landesregierungen ³¹

3.5.1 Frauenanteil in Landesregierungen, an denen die SPD beteiligt ist

Bundesland	Zahl der Regierungsmitglieder insgesamt ³²	Zahl der sozialdemokratischen Regierungsmitglieder insgesamt	weibliche Regierungsmitglieder insgesamt und nach Parteizugehörigkeit	Frauenanteil in der Landesregierung insgesamt in Prozent
Berlin ³³ CDU/SPD-Koalition	9	3	1 SPD: 1 CDU: 0	11,1
Brandenburg SPD/CDU-Koalition	11	7	2 SPD: 1 CDU: 1	18,2
Bremen SPD/CDU-Koalition	7	4	2 SPD: 2	28,6
Hamburg ³⁴ SPD/GAL-Koalition	12	8	6 SPD: 4 GAL: 1 parteilos: 1	50,0
Mecklenburg-Vorpommern SPD/PDS-Koalition	10	7	2 SPD: 1 PDS: 1	20,0
Niedersachsen SPD-Regierung	11	10	3 SPD: 2 parteilos: 1	27,3
Nordrhein-Westfalen SPD/Grüne-Koalition	11	9	4 SPD: 3 Grüne: 1	36,4

³¹ Quelle: Oeckl. Taschenbuch des Öffentlichen Lebens, Internetseiten des Bundesrates (www.bundesrat.de), eigene Recherchen und Berechnungen

³² einschließlich der Ministerpräsidenten und der Ministerpräsidentin bzw. Regierenden Bürgermeisters

³³ Der Übergangssenat aus SPD und Bündnis 90 / Die Grünen, der im Juni 2001 gewählt wurde, ist hier nicht berücksichtigt. Ihm gehören zur Zeit vier Frauen und fünf Männer an, 2 Senatorinnen gehören der SPD an, zwei sind parteilos, von Bündnis 90 / Die Grünen nominiert. Nicht berücksichtigt ist auch die Regierungsbildung nach der vorgezogenen Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus am 21.10.2001.

³⁴ Zusammensetzung des Senates vor der Bürgerschaftswahl am 23.09.2001, jetzt gehört der Landesregierung nur noch eine Frau unter zehn Senatoren der CDU/FDP/Schill-Koalition an.

Bundesland	Zahl der Regierungsmitglieder insgesamt	Zahl der sozialdemokratischen Regierungsmitglieder insgesamt	weibliche Regierungsmitglieder insgesamt und nach Parteizugehörigkeit	Frauenanteil in der Landesregierung insgesamt in Prozent
Rheinland-Pfalz SPD/FDP-Koalition	9	7	2 SPD: 2 FDP: 0	22,2
Sachsen-Anhalt SPD-Regierung	9	8	3 SPD: 3	33,3
Schleswig-Holstein SPD/Grüne-Koalition	9	7	4 SPD: 3 Grüne: 1	44,4

3.5.2 Zum Vergleich: Frauenanteil in Landesregierungen, an denen die SPD nicht beteiligt ist

Bundesland	Zahl der Regierungsmitglieder insgesamt	weibliche Regierungsmitglieder insgesamt und nach Parteizugehörigkeit	Frauenanteil in der Landesregierung insgesamt in Prozent
Baden-Württemberg CDU/FDP-Koalition	13	1 CDU: 1	7,7
Bayern ³⁵ CSU-Regierung	18	3 ³⁶ CSU: 3	16,7
Hamburg CDU/FDP/Schill-Partei-Koalition	10	1 CDU: 1 FDP: 0 Schill-Partei: 0	10,0
Hessen CDU/FDP-Koalition	10	3 CDU: 2 FDP: 1	30,0
Saarland CDU-Regierung	8	3 CDU: 3	37,5
Sachsen CDU-Regierung	12	1 CDU: 1	8,3
Thüringen CDU-Regierung	10	1 CDU: 1	10,0

³⁵ Die Staatsregierung besteht aus dem Ministerpräsidenten und bis zu 17 Staatsministern und Staatssekretären (Geschäftsordnung der bayrischen Staatsregierung)

³⁶ Zwei Staatsministerinnen und eine Staatssekretärin.

4. Bericht der Bundes-SGK über die Repräsentanz der Frauen in kommunalen Vertretungen und kommunalen Spitzenpositionen

4.1 Frauenanteil bei Ratsmitgliedern in Gemeinden mit 20.000 und mehr Einwohnern (Stand 1.1.2000) ³⁷

Gemeinden in der Größenklasse:	SPD-Ratsmitglieder	davon Frauen		zum Vergleich 1997 in v. H.
		absolut	in v. H.	
1.000.000 und mehr	140	69	49,3	47,2
500.000 - 1.000.000	253	101	39,9	39,2
200.000 - 500.000	533	201	37,7	32,2
100.000 - 200.000	799	282	35,3	33,2
50.000 - 100.000	1719	534	31,1	28,9
20.000 - 50.000	5669	1563	27,6	25,8
Insgesamt	9113	2750	30,2	28,2

³⁷ Quelle: Deutscher Städtetag, Ratsmitglieder in den Gemeinden mit 20.000 und mehr Einwohnern

4.2. Weibliche Vorsitzende der SPD-Stadt- und Kreistagsfraktionen (Stand: 1.9.2001) ³⁸

Fraktionsvorsitzende	Anzahl insgesamt	davon Frauen	in v. H.
in Städten 100.000 und mehr ¹⁾	71	6	8,5 %
50.000 bis 100.000 ^{1) 2)}	102	4	3,9 %
in Kreisen ^{1) 3)}	288	20	6,9 %
Insgesamt ¹⁾	461	30	6,5 %

¹⁾ Aufgrund der am 9. September 2001 erfolgten Kommunalwahl noch keine Angaben aus Niedersachsen.

²⁾ Ohne Niedersachsen und Baden-Württemberg. In Baden-Württemberg sind in 100 Städten mit mehr als 20.000 EW 18 weibliche SPD-Fraktionsvorsitzende

³⁾ In Hessen konnten nur 14 von 21 Kreisen berücksichtigt werden.

4.3 Von sozialdemokratischen Frauen besetzte Führungspositionen im Vergleich zu allen von der SPD besetzten Führungspositionen auf kommunaler Ebene (Stand: 1.9.2001) ³⁹

Anzahl	alte Bundes- länder	neue Bundes- länder	Gesamt	in v.H.
Oberbürgermeisterinnen ¹⁾	6 von 91	3 von 21	9 von 112	8,0 %
Bürgermeisterinnen in Städten mit mehr als 50.000 EW	2 von 16	1 von 4	3 von 20	15%
Landrätinnen	4 von 63	1 von 29	5 von 92	5,4 %

¹⁾ Die Gemeindeordnungen der Länder unterscheiden sich stark in der Festlegung, in welchen Städten der Bürgermeister den Titel "Oberbürgermeister" führt:
In Baden-Württemberg und Sachsen kommt diese Amtsbezeichnung ab 20.000 EinwohnerInnen vor, in Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt ab 25.000, in Bayern und im Saarland ab 30.000, in Hessen ab 50.000. In den übrigen Ländern geht der Oberbürgermeistertitel mit dem kreisfreien Status der Stadt einher.

³⁸ Quelle: Erhebung der Bundes-SGK

³⁹ Quelle: Bundes-SGK

4.4. Frauen im Vorstand der Bundes-SGK und in den Vorständen der Landes-SGKs ⁴⁰

Vorstände	ordentliche Mitglieder	davon Frauen	in v.H.
Bundes-SGK	31	11	35,5 %
SGK Baden-Württemberg	27	7	25,9 %
SGK Bayern	27	5	18,5 %
SGK Berlin	20	4	20,0 %
SGK Brandenburg	17	4	23,5 %
SGK Bremen	11	7	63,4 %
SGK Hessen	20	6	30,0 %
SGK Mecklenburg-Vorpommern	17	3	17,6 %
SGK Niedersachsen	23	6	26,1 %
SGK Nordrhein-Westfalen	30	13	43,3 %
SGK Rheinland-Pfalz	16	4	25,0 %
SGK Saarland	18	3	16,7 %
SGK Sachsen	12	4	33,3 %
SGK Sachsen-Anhalt	10	2	20,0 %
SGK Schleswig-Holstein	10	5	50,0 %
SGK Thüringen	13	3	23,1 %

In drei Ländern ist eine Frau Vorsitzende der Landes-SGKs:

Brigitte Fronzek, Bürgermeisterin Elmshorn (Schleswig-Holstein)
 Renate Schwarze, Beigeordnete der Stadt Hoyerswerda (Sachsen),
 Heike Taubert, stellvertr. Landrätin Greiz (Thüringen)

⁴⁰ Quelle: Bundes-SGK

5. Hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

5.1. SPD-Parteivorstand ⁴¹

	Frauen		Männer	
	absolut	Prozent	absolut	Prozent
Abteilungsleiterinnen/ Abteilungsleiter	0	0	4	100
Pressesprecherinnen/ Pressesprecher	0	0	1	100
Leiterinnen / Leiter bzw. Referentinnen / Referen- ten und persönliche Re- ferentinnen und Refe- renten in Vorstandsbü- ros	2	18,2	9	81,8
Referatsleiterinnen/ Referatsleiter	0	0	7	100
Referentinnen/ Referenten	23	34.3	38	56.7
Sachbearbeiterinnen/ Sachbearbeiter	27	75	9	25
Sekretärinnen/ Sekretäre	47	97,9	1	2,1
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im techni- schen und Bürobereich	6	35.3	11	64.7
Auszubildende	2	100	-	-
gesamt	107	57.2	80	42.8

⁴¹ Quelle: Personalreferat des SPD-Parteivorstandes, Stand der Erhebung 20.6.2001. Beim Vergleich zu den Vorjahren ist zu beachten, dass heute mehr Teilzeitstellen im Bereich der Sekretariate eingerichtet wurden im Gegensatz zu früheren Jahren.

5.2. Maßnahmen zur Förderung von Frauen beim Parteivorstand der SPD - Personalreferat -

Um mehr Frauen in Positionen ab ReferentInnenebene vermitteln zu können, muss analysiert werden, wie kommen BewerberInnen für diese Bereiche zum Parteivorstand.

Bei Auswahlverfahren werden immer Männer und Frauen in gleicher Zahl bzw. Frauen verstärkt berücksichtigt. Ausschlaggebend für Männer ist oftmals objektiv mehr Erfahrungshintergrund durch vorangegangene verantwortungsvolle Positionen oder bestehende Netzwerke in Politik und ihren Gremien.

Eine Veränderung muss längerfristig angelegt werden, bereits bei den PraktikantInnen sind ca. 80 % der anfragenden Personen Männer. Über diverse Praktika wird oftmals ein Einstieg in die Organisation ermöglicht. Hier sollte in Zusammenarbeit mit Organisationen und Universitäten erreicht werden, dass mehr Frau für Praktika, Volontariat, Trainees oder studentische Aushilfsarbeiten interessiert werden.

Männern und Frauen soll beim Parteivorstand durch flexible Arbeitszeiten ermöglicht werden, während oder nach der Elternzeit in der gleichen Position tätig zu sein, um Karrierechancen nicht zu unterbrechen.

Teilzeitarbeit wird ermöglicht und kann durch die Gesetzesänderung vom Arbeitnehmer / von der Arbeitnehmerin eingefordert werden.

Als Auszubildende wurden 2 junge Frauen eingestellt.

Die individuelle Aus- und Weiterbildung ermöglicht eine Entwicklung am jeweiligen Arbeitsplatz und innerhalb der Organisation. Fortbildung wird mehrheitlich von Frauen wahrgenommen.

Das neue Programm der Hauptamtlichen-Qualifizierung „ Innovation , Qualitätsentwicklung, Personalentwicklung“ für die MitarbeiterInnen in der Fläche wie im Willy-Brandt-Haus bietet eine breit gefächerte Lernmöglichkeit.

Hierdurch können die TeilnehmerInnen auch neue Fähigkeiten entdecken und fördern und die persönlichen Erfolgschancen verbessern.

5.3. SPD-Landesverbände, -Bezirke und –Unterbezirke

LV / Bezirk	Leitende Landes/ Bezirks- geschäftsführer/innen		Landes-/ Bezirksge- schäftsführer/ innen		Referent/innen auf Landes- und Bezirks- ebene		weitere Mitar- beiterinnen und Mitarbeiter des Landes- verbandes/ Bezirk		Regional-/ Kreis-, Unter- bezirksge- schäftsführer/innen		Mitarbeiterin- nen und Mit- arbeiter der Unterbezirke "ohne poli- tische Zustän- digkeiten"	
	gesamt	davon Frauen	gesamt	davon Frauen	gesamt	davon Frauen	gesamt	davon Frauen	gesamt	davon Frauen	gesamt	davon Frauen
Schlesw.- Holstein	1	0	1	0	3	1	31	25	1	0	14	14
Mecklen- burg-Vor- pommern	1	0	1	1	1	0	9	8	10	4	0	0
Hamburg	1	0	0	0	2	1	7	7	7	3	0	0
Bremen												
Nord-Nie- dersach- sen	1	0	1	0	0	0	9	6	3	0	6	6
Weser- Ems	1	0	0	0	0	0	20	12	7	0	0	0
Hannover	1	0	10	3	9 ⁴²	8	13 ⁴³	12	1	0	12	12
Braun- schweig	1	0	1	0	1	0	2	2	4	1	10	10
Sachsen- Anhalt	1	1	2	2	0	0	20	13	5	1	10	10
Bran- denburg	1	0	0	0	4	2	2	2	11	3	3	3
Berlin	1	0	1	0	7 ⁴⁴	2 ⁴⁵	13 ⁴⁶	10 ⁴⁷	12 ⁴⁸	6 ⁴⁹	4 ⁵⁰	2 ⁵¹
Ostwest- falen- Lippe	1	0	1	0	0	0	21	12	7	2	0	0
Westli- ches Westfalen	1	0	3	1	2	1	13	10	23	4	28	25
Nieder- rhein	1	0	2	1	2	1	9	6	0	0	0	0
Mittelrhein	1	0	3	0	1	1	2	2	11	2	20	18
Hessen- Nord	1	0	1	0	1	1	10	6	8	1	9	8
Hessen- Süd	0	0	2	0	0	0	54	38	16	5	./.	./.
Thüringen	1	0	0	0	3	1	4	3	6	3	6	6
Sachsen	1	0	1	1	2	1	2	2	10	1	8	7
Rhein- land/Hess- en Nassau	0	0	0	0	0	0	11	10	6	2	0	0
Rhein- hessen	1	0	1	0	0	0	10	5	3	0	5	5

⁴² BüroleiterInnen

⁴³ Ohne Geschäftsführer

⁴⁴ 1 Wahl, 2 befristet, 4 unbefristet

⁴⁵ 1 unbefristet, 1 befristet

⁴⁶ 4 befristet, 9 unbefristet

⁴⁷ 3 befristet, 7 unbefristet

⁴⁸ 1 befristet, 11 unbefristet

⁴⁹ unbefristet

⁵⁰ davon 2 Auszubildende

⁵¹ 2 weibliche Auszubildende

LV / Bezirk	Leitende Landes/ Bezirks- geschäftsführer/innen		Landes-/ Bezirksge- schäftsführer/ innen		Referent/innen auf Landes- und Bezirks- ebene		weitere Mitar- beiterinnen und Mitarbeiter des Landes- verbandes/ Bezirk		Regional-/ Kreis-, Unter- bezirksge- schäftsführer/innen		Mitarbeiterin- nen und Mit- arbeiter der Unterbezirke "ohne poli- tische Zustän- digkeiten"	
	gesamt	davon Frauen	gesamt	davon Frauen	gesamt	davon Frauen	gesamt	davon Frauen	gesamt	davon Frauen	gesamt	davon Frauen
Pfalz	2	1	./.	./.	0	0	3	3	8	2	8	8
Baden- Würt- temberg												
Bayern												
Saar												

Landesverbände, die nicht den Status von Bezirken haben

LV / Bezirk	Leitende Landesgeschäftsführer/innen		Landesgeschäftsführer/innen		Referent/innen auf Landesebene		weitere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landesverbandes	
	gesamt	davon Frauen	gesamt	davon Frauen	gesamt	davon Frauen	gesamt	davon Frauen
Niedersachsen	1	0	1	0	1	1	2	2
Nordrhein-Westfalen	1	0	0	0	7	4	6	5
Hessen	1	0	0	0	2	1	1	1
Rheinland-Pfalz	1	0	0	0	1	1	2	1